

Bericht aus dem Forum 2 / „Was tun?!“ Konferenz in Frankfurt am Main

Warum befindet sich DIE LINKE in einer Existenzkrise? Wie gestalten sozialistisch orientierte Genossinnen und Genossen dort ihre weitere Arbeit?

Die Analyse von Naisan Raji (sozialistische LINKE) und von den beiden Sprechern der Liebknecht-Kreise Sachsen **Volker Külöw (Sachsen)** und **Gerdt Puchta (Mecklenburg-Vorpommern)** „warum die LINKE sich in einer Existenzkrise befindet“, wurde im Plenum uneingeschränkt geteilt und mit vielen persönlichen Beispielen aus der politischen Arbeit vor Ort ergänzt. Ein offener Diskussionspunkt blieb, inwiefern eine aktive Unterwanderung der Partei der LINKEN eine Rolle bei der Spaltung gespielt hat. Einvernehmlich war die Analyse, dass eine Fokussierung auf die Parlamente und Institution zu einer Überanpassung und auf Funktionäre fokussierte Politik geführt hat, die den Interessen der Mitglieder oft entgegenwirkten.

Genossinnen und Genossen haben an vielen Beispielen deutlich gemacht, dass LINKEN Funktionäre und Vorstände oft die Friedensarbeit, Demos und linksgerichtete Politik vor Ort aktiv bekämpfen, obwohl sie es sich an anderer Stelle auch programmatisch wieder auf die Fahnen schreiben.

Daneben gibt es ebenso auch noch funktionierende linke Ortsgruppen und Kreisverbände, die nach wie vor aktiv arbeiten können und mit ihrer Friedensarbeit und politischen Veranstaltungen Akzente setzen.

In den Diskussionsbeiträgen der Genoss*innen und Genossen wurde deutlich, dass die Einschätzung, ob und wie man in der LINKEN noch sozialistisch arbeiten kann, sehr stark von der jeweiligen Situation im Kreis- oder Ortsverband abhängt.

Auch in dieser Gruppe kündigten einige Genossinnen an austreten zu wollen. Es gab eine allgemeine Einschätzung, dass sozialistisch/kommunistische Positionen in der LINKEN immer mehr in den Hintergrund geraten und vermutlich der bewegungsorientierte/Regierungslinke Kurs auch nicht korrigierbar ist und die Partei eine ähnliche Entwicklung wie die Grünen nehmen wird. Allerdings ist auch nicht ausgemacht, inwiefern sich diese beiden Lager wirklich einig sind, da man sich bislang vor allem über das Feindbild "Sahra Wagenknecht" definiert.

Es bleibt somit die Frage, ob die LINKE sich weiterhin fragmentiert und quasi auflöst oder sich regional erhält und es Nischen gibt, in denen man weiter sozialistisch arbeiten kann und sollte.

Genoss*innen und Genoss*innen wollen vor allem zunächst an der Linkspartei festhalten, da es zum einen gilt Ortsstrukturen/Büros und kommunale Fraktionen und soziale Projekte zu erhalten und andererseits auch noch nicht ausgemacht ist, wohin sich das Projekt BSW hin entwickelt. Viele sehen auch in der noch zu gründenden Partei keine oder noch keine Alternative.

Zum einen bleibt die Frage, wie im BSW verhindert werden soll, dass sie nicht die gleiche Entwicklung wie die Linkspartei nimmt, da sie auch stark am Parlament ausgerichtet werden wird und wenn erfolgreich viele Funktionäre hat. Zum anderen findet auch hier bislang keine breite theoretische Debatte über die Ausrichtung der zu gründenden Partei statt. Im Gegenteil soll der programmatische Rahmen von einer kleinen Minderheit bestimmt werden nach dem "TOP DOWN" Prinzip. Man kann lediglich darum bitten aufgenommen zu werden und muss dann auch zunächst alle Punkte mittragen ohne Korrekturmöglichkeit.

Das Wort Sozialismus, Kommunismus oder Klasse kommen weder auf der Internetpräsenz des BSW vor, noch in den derzeitigen Beiträgen der ausgeschiedenen Bundestagsabgeordneten.

Programmatisch orientiert sich das BSW bislang "an der Mitte"/ "Ordoliberalismus" und vertritt im Bereich der Migrationspolitik ähnliche Auffassungen wie die derzeitige Bundesregierung. Auch wenn stärker Fluchtursachen und die Friedensprogrammatik in den Mittelpunkt gestellt werden, bleibt letztendlich unklar wie ein gesellschaftliches Gegenmodell zum Neoliberalismus /Kapitalismus aussehen soll. Eine antiimperialistische Orientierung ist bislang gänzlich nicht zu finden.

Es ist zu vermuten, dass kommunistische und sozialistische Positionen hier ebenso wenig Platz finden und erwünscht sind, wie derzeit innerhalb der Partei die LINKE und die Spaltung zu einer Schwächung klassentheoretisch-fundierter Politik im Allgemeinen führt. Auch abzuwarten ist, ob sich die Abgeordneten um Wagenknecht langfristig auf ein Programm einigen können und das Projekt wirklich erfolgreich sein wird.

Dennoch besteht Einigkeit in der Gruppe, dass man dem Projekt in Hinsicht der zunehmenden Militarisierung, Aufrüstung und einer kriegstreiberischen Politik sowohl von Seiten der Koalition als auch der AFD natürlich wünscht eine politische Kraft auf Bundesebene zu werden, um vor allem die AFD und rechte Positionen zu schwächen und eine wirksame Gegenmacht zu sein.

Allerdings da von vorneherein weder ersichtlich ist, ob das Projekt erfolgreich sein wird oder nicht, gilt es Schlüsselpositionen /Ortsverbände innerhalb der LINKEN nicht sofort aufzugeben und weiterhin auch aus dem linken Spektrum Druck auf die Partei die LINKE auszuüben. Außerdem muss man verbindende Orte schaffen, in denen sich alle linksgerichteten Genoss*innen treffen können. Sowohl für diejenigen, die aus der Partei austreten oder ausgetreten sind, die ins Bündnis BSW gehen und auch Genoss*innen bei der LINKEN als Sozialist*innen und Kommunist*innen weiterarbeiten wollen, muss man Orte und Räume der Verständigung anbieten.

Wenn die LINKE in sich implodieren sollte und das Projekt BSW scheitert, dann wäre hier ein Anknüpfungspunkt linke Arbeit und Strukturen in einem Bündnis zu erhalten.